

**Uwe Fröhlich,
Präsident des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken 2016**

11. Juli 2017

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam mit meinen Vorstandskollegen Dr. Andreas Martin und Gerhard Hofmann möchte ich Ihnen heute den **Konsolidierten Jahresabschluss 2016** der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vorstellen. Wie Sie wissen, diskutiere ich heute zum letzten Mal als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) auf einer Pressekonferenz mit Ihnen. Aber wir werden uns in diesem Haus sicherlich wiedersehen. Gemeinsam haben die 972 deutschen Primärbanken, die DZ BANK und die zentralen Produktspezialisten, also die Hypothekenbanken, die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die R+V Versicherung, die Union Investment, die VR-LEASING, die TeamBank und die DZ PRIVATBANK erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr abgeliefert, das wir Ihnen heute gerne vorstellen wollen:

Mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 8,3 Milliarden Euro präsentiert die genossenschaftliche Bankengruppe ein solides Ergebnis. Dennoch liegen wir damit unter dem außergewöhnlich guten Vorjahresergebnis von 9,8 Milliarden Euro, auch wenn in Europa derzeit keine vergleichbare retailorientierte Bankengruppe ein besseres Ergebnis vorgelegt hat. Die FinanzGruppe bestätigt ihre starke Marktposition mit einem erneuten Volumenwachstum im Privat- und Firmenkundengeschäft. Darüber hinaus konnte sie ihren Provisionsüberschuss noch einmal steigern – auf jetzt 6,0 Milliarden Euro. Die rückläufige Entwicklung des Ergebnisses vor Steuern war wesentlich durch den gesunkenen Zinsüberschuss geprägt, der als Folge der anhaltenden Niedrigzinsphase im Jahr 2016 18,8 Milliarden Euro (minus 6 Prozent) betrug. Den Löwenanteil des Zinsüberschusses stellen mit 16,1 Milliarden Euro die Primärbanken. Der Rückgang dort betrug 0,5 Milliarden Euro oder 3,1 Prozent. In dieser Größenordnung wird sich die Entwicklung in der extremen Niedrigzinsphase perspektivisch einpendeln, während der Zinsüberschuss 2016 noch zusätzlich durch Sondereffekte beeinflusst war.

Meine Damen und Herren, natürlich arbeiten unsere vor Ort verantwortlichen Bankvorstände über verschiedenste Maßnahmen auf der Kosten- und Ertragsseite an der Ertragskraft ihrer Banken. Sie entscheiden auch – und das ist in einer dezentralen Bankengruppe selbstverständlich – eigenständig, welche Produkte und Dienstleistungen sie ihren Kunden zu welchen Konditionen anbieten. Das ist unsere entscheidende Stärke: die große Kundennähe, die gute Kenntnis der Risiken in der Region und das große Engagement der lokal verantwortlichen Bankleiter und ihrer Mitarbeiter. Eine so präsenzstarke Gruppe wie die unsere muss auf der Preis- und Konditionsseite eine faire Bepreisung ihres Angebotes im Markt vornehmen – erst recht in Zeiten des Niedrigzinses. Auch wenn der Scheinwerfer der bundesmedialen Aufmerksamkeit in diesen Tagen manche Genossenschaftsbank vor Ort streift, ich glaube nach wie vor: Im deutschen Privatkundengeschäft werden wir in der Breite weiterhin keine Negativzinsen sehen, dazu ist der

Wettbewerb viel zu intensiv. Aber schauen wir lieber zum Auslöser der Negativzinsen: Die **Europäische Zentralbank (EZB)** muss dringend zu marktwirtschaftlichen Mechanismen zurückkehren. Es ist höchste Zeit für ein „Arrivederci“ an die derzeitige Geldpolitik, die vielleicht zur Bekämpfung von Deflation geeignet ist, aber nicht zu einer Phase des konjunkturellen Aufschwungs passt. Die Wirtschaft des gesamten Euroraums wächst so schnell wie die deutsche, die Inflation normalisiert sich allmählich und die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Je früher die EZB den Ausstieg einleitet, umso mehr Zeit hat sie, Wirtschaft und Finanzmärkte schrittweise in die Normalität zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, die genossenschaftliche FinanzGruppe nimmt die Herausforderungen, die der Markt ihr stellt, aktiv an, sie macht ihre Hausaufgaben und trägt ihr genossenschaftliches Geschäftsmodell mit Großprojekten im Vertriebs- und Digitalisierungsumfeld sowie mit Verbundinitiativen im Privat- und Firmenkundengeschäft in die Zukunft. Sie baut ihre Organisation effizient um, begleitet ihre Kundinnen und Kunden in die digitale Welt und restrukturiert damit einhergehend ihr Filialnetz, damit der Kunde in der Omnikanalwelt den Zugangsweg vorfindet, den er bevorzugt. Die FinanzGruppe ist im Markt erfolgreich, verfügt über eine breite Kundenakzeptanz, verdient auskömmlich, weist eine starke bilanzielle Kapitalausstattung auf und kann die Risiken aus der Niedrigzinspolitik aus eigener Kraft auch längerfristig tragen. Für die Zukunft der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken, meine Damen und Herren, bin ich sehr optimistisch.

Auch Europa muss seine Hausaufgaben machen. Zu tun gibt es noch immer einiges. Noch im Frühjahr habe ich an dieser Stelle wegen der europafeindlichen Rechten besorgt in Richtung Frankreich geschaut. Nun ist erfreulicherweise Emmanuel Macron Wahlsieger und hat einen dezidiert europafreundlichen Reformkurs eingeschlagen. Das deutsch-französische Tandem kann nach der Bundestagswahl wieder Fahrt aufnehmen – oder auch schon zum deutsch-französischen Ministerrat am 13. Juli. Allerdings hat Macron im Moment erst einmal große strukturelle Reformen in Frankreich vor sich. Bis September will er die ersten der dringend erforderlichen Arbeitsmarktreformen starten. Vor der Europäischen Union (EU) liegen mit Blick auf die **Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion und die Gestaltung der Eurozone** ebenfalls große Aufgaben. Das gerade beschlossene Freihandelsabkommen mit Japan ist ein wichtiges Signal, dass große Teile der Welt auch weiterhin dem Ziel des möglichst freien internationalen Austauschs von Gütern und Dienstleistungen verbunden bleiben.

Zurzeit werden offiziell und inoffiziell zahlreiche Vorschläge zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion diskutiert. Für deren Bewertung haben die deutschen Volksbanken und

Raiffeisenbanken eine Leitlinie, nach der sie auch selbst leben: Keine Haftung ohne Kontrolle. Aus diesem Grund ist die gemeinsame Verschuldung über **Eurobonds**, wie dies Macron im Wahlkampf gefordert hat, indiskutabel, solange über die Ausrichtung der Finanzpolitik weitgehend auf nationaler Ebene entschieden wird. Der Euroraum braucht keine zusätzliche gemeinsame Schuldenaufnahme, sondern eine bessere Haushaltskontrolle, um das Risiko erneuter Schief lagen von Staaten zu verringern. Reden könnte man gegebenenfalls über die Idee eines europäischen Finanzministers. Ein solcher **Eurofinanzminister** könnte beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) angesiedelt werden und bräuchte ausreichend Kontroll- und Durchgriffsrechte der Gemeinschaft auf die nationalen Haushaltspolitiken. So könnte es dem Euroraum gelingen, die zu hohen Schulden der öffentlichen Hand entlang der bestehenden Haushaltsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts schrittweise zurückzuführen und den Euroraum stabiler zu machen.

Der ESM ließe sich – diese Forderung erheben beispielsweise auch CDU und CSU vor der Bundestagswahl – zu einem **Europäischen Währungsfonds** (EWF) weiterentwickeln. Bedingung hierfür muss aber sein, dass eine Kreditvergabe mit strikten Reformauflagen institutionell robust verankert wird. Die Idee eines eigenen Haushalts des Euroraums sehe ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit viel Skepsis. Sinn ergeben würde ein **Euroraumbudget** nur, wenn es auch mit einer klar definierten Kompetenzverlagerung von den Nationalstaaten auf die Ebene des Euroraums verbunden wäre. Interessant, dass die Befürworter eines europäischen Haushaltes wie eben der französische Präsident Macron die Kontrolle, also die weitreichende Übertragung staatlicher Haushaltskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene, gar nicht erst vorschlagen. Lieber wollen sie die Finanzmittel über Kredite oder durch eine eigene Steuer aufnehmen. Also würden entweder die Schulden der öffentlichen Hand steigen oder die Steuerlast der Bürger des Euroraums erhöht.

Aber ist eine **europäische Wirtschaftsregierung**, wie die SPD sie vor der Bundestagswahl in ihrem Wahlprogramm fordert, die bessere Lösung? Mit weitreichenden Kompetenzen zum Eingriff in zahlreiche Bereiche der nationalen Wirtschaftspolitik, wie sie zum Verhindern von exzessiven Ungleichgewichten erforderlich wären? Eine so weitreichende Kompetenzverlagerung kann nur in demokratischen Prozessen stattfinden. Ohne eine breite Zustimmung der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten sehe ich das nicht. Das würde auch umfangreiche Vertragsänderungen auf EU-Ebene voraussetzen: Denn die Bundesregierung und damit auch der Bundestag würden durch eine europäische Wirtschaftsregierung erheblich in ihren Gestaltungsmöglichkeiten beschränkt.

Bei aller berechtigten Freude – unüberlegte Geschenke aus Dankbarkeit für den Wahlsieg sollten wir unseren französischen Partnern nicht machen. Hier teile ich die Einschätzung von Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Bei der so wichtigen europäischen Integration dürfen entscheidende Grundsätze wie etwa die Einheit von Haftung und Kontrolle auf keinen Fall über Bord geworfen werden. Es lohnt sich, bei allen Reformen auf die Details zu schauen und um diese hart zu ringen. Ein engeres Miteinander im Euroraum ist wünschenswert. Doch nur dann, wenn dieser dadurch tatsächlich robuster und wirtschaftlich stärker wird. Risiken, Haftung und Entscheidungsmöglichkeiten sollten in Europa weiterhin in einer Hand bleiben, sagte die Bundeskanzlerin jüngst in ihrer Regierungserklärung. Darin unterstützen die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken die Kanzlerin ganz nachdrücklich. Natürlich denke ich in diesem Zusammenhang auch wieder an die Pläne zur Vergemeinschaftung der **Europäischen Einlagensicherung**. Bei allen richtigen Gedanken zur Reform der Eurozone hielten wir es – und hier wissen wir andere deutsche Bankengruppen an unserer Seite – für einen großen Fehler, europäische Geschenke zu machen, ohne die schwerwiegenden Fragen von Haftung und Risiko befriedigend gelöst zu haben. Ein verfrühter politischer Kompromiss wäre hier aus unserer Sicht genau das falsche Zeichen für den Beginn der deutsch-französischen Arbeiten. Die jüngste Bankenabwicklung in Italien zeigt, was auf Steuerzahler oder Sparer zukommt, wenn die Kommission ihre Pläne zur Vergemeinschaftung der Einlagensicherung umsetzt.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren hat sich der BVR immer wieder für die besondere Berücksichtigung kleiner und mittlerer Institute in der Bankenregulierung eingesetzt. Es ist erfreulich zu sehen, dass der Gedanke einer stärkeren Differenzierung zwischen den kleineren, mittelständischen Kreditinstituten und den systemrelevanten Banken nach vielen Appellen und Gesprächen in der Politik angekommen zu sein scheint. Das ist ein erster Erfolg und wir arbeiten intensiv an der Frage, wie er sich national und europäisch wirksam umsetzen lässt. Immer wieder plädieren wir für ein **besseres Ineinandergreifen von Regulierungsmaßnahmen** und für eine **bessere Vorabüberprüfung der Auswirkungen**. Auch die Politik hat sicher kein Interesse daran, Banken als volkswirtschaftliche Akteure und Förderer der Region zu verlieren. Banken – regionale Banken zumal – sind unverzichtbare, wertvolle Wirtschaftsteilnehmer. 11.787 Bankstellen, 18.701 Geldautomaten, 181.740 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein Bekenntnis der genossenschaftlichen FinanzGruppe zur Region und zu den Menschen vor Ort. Ein Bekenntnis, das viele Konkurrenten, die das Wort Filiale gern im Munde führen, nicht bereit sind einzugehen. Und auch wenn wir unser Geschäftsmodell stetig weiterentwickeln, unter Effizienzgesichtspunkten überprüfen, in die digitale Zukunft tragen und an die Kundenbedürfnisse anpassen: Wir werden immer eine dezentral aufgestellte Gruppe autonomer Genossenschaftsbanken bleiben.